

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 1,00 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Reichsland M. 5.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde ausser Sonntagen von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbeanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 72.

Dresden, Montag den 29. März 1909.

20. Jahrg.

Der Friede gesichert.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 28. März.

Der Friede ist da. Gestern in der Nacht lag die Botenschaft auf. Gestern trugen sie durch die Kaffeehäuser, in denen das städtische Bad vernehmliche Wien sein sollte. Es war die Nachricht von der Entlassung der russischen Rezerwisten, von der Abdrückung. Ihr folgte die offizielle Meldung aus London, daß die aussehende Formel über die Anerkennung der Annexion so gut wie abgehandelt sei. Somit war auch die letzte Hürde des langwierigen Verhandels, die aus Hindernisse zwischen den Rezerwisten und Ozean überwinden, und befreit von Krieg und Kriegsgefahr dürfen die Völker an die ersten Gespräche des Friedens schreiten. Sehr ernst hat übrigens in Wien außer den Köpfen diese letzte „englische“ Hürde niemand genommen. Der Einbruch Deutschlands in Petersburg mußte bemerkt werden, die Annexion Bosniens vorbehaltlos erkennen und die Mitwirkung in dem hindurchgehenden Spiel der Entente zu ergreifen, war für jeden nüchternen Menschen das die willkürliche Gefahr, die immer nur in Petersburg schwebte. Die Welt hätte man noch mit einem Verdacht der Serben gerechnet, aber die entscheidende deutsche Note von dem Glück begünstigt, daß sie mit dem Zusammenbruch der serbischen Kriegspartei übernahm. Der Kronprinz, der sich nicht doch jeder, wird von der Kriegsbegeisterung viel übrig lassen. In solcher Stunde, aus einem solchen Umstand heraus geht kein Völk in einen ausföhrlichen Kampf über.

Was blieb nun übrig? Daß England sich plötzlich gegen die deutsche Politik wandte, und nachdem es wochenlang den Versuch gemacht, die russische und neue Hindernisse durch die Annäherung mit dem serbischen-österreichischen Konflikt zu beseitigen. Das letzte sogar die rechtliche Grundlage, da der Vertrag über die Besetzung Serbiens zu Bosnien erwacht. Doch das Rechtliche ist hier das Mindeste, welchem Motiv konnte England so handeln? Es war leicht zu erkennen, und darum erregte hier die Aktion fast Spott. Das gefällige Wort kam auf: „Will die deutsche Dreadnoughts auf Wiener Wallplatz niederlassen.“ Die deutsche Einwirkung die entscheidende Wendung, den Rückgang bewirkt hatte. Die Niederlage der Entente politisch verurteilt werden. Aber Wien ist ein untaugliches Objekt für britische Angriffe. Die Monarchie hat eine gewisse und noch geringere Seelentherapie. Für uns ist die Region Georgs immer noch ein gefährlicher Feind als die Schiffsflotte, mit denen man auf die serbischen Berge hinaufsehen kann. Höflich hat Reventhal schon vor einer Zeit in einem ihm ergebenen Provinzialblatt verkündet lassen: werden den europäischen Mächten, die vor Englands Angriffen immer zurückweichen, einmal beweisen, wie schwach England wird, wenn man sich nicht einschüchtern läßt; aber mehr als Worte hat es nicht zu verfügen. Es gehört für den reinen Kontinentalstaat Oesterreich nicht viel Mut dazu, diese Stellung einzunehmen. Aber was war es von Ozean über, an dem Punkte seiner Ohnmacht ablegen zu wollen. Reventhal hat nicht für Widerspruch zu älteren. Solange die Gefahr bestand, die englische Presse das panlawistische Feuer anzufachen, die in den Dienst der Kriegspolitik stellen konnte, solange die Entente die Hintergründe des serbischen drohte und in Konstantinopel Rat und Geld der Entente organisiert, so lange war England fürchtbar als einer Koalition. Jetzt da die Jungfrauen ihren Frieden haben, England sich zurückgezogen hat, braucht Reventhal weniger zu fürchten als England.

Am so auffälliger war es, daß gleichwohl die Wiener und Wälder täglich kräftiger mit den Sölden rasselten. Was man? Nur drehen? Aber es sah verächtlich ernst aus. Tat wurde ganz ernstlich und recht mit Bedenken die Seite des Krieges einwohnen. Man hatte die Sicherheit des A. man war seit dem Rückzug Russlands ohne Gefahr, der die Zustand Serbiens ließ nicht einmal einen besonders jähren und befürchten. Man brauchte nur den Anlaß. Wenn England solche Formfrage aufbaute, die europäische Intervention vornehm man dann mit gutem Schein ein Ultimatum stellen konnte die sind jetzt fortgeschritten. Die Serben rufen — wahrlich auf russischen Rat — schleunig ab, erfüllen die Bedingung, oder ist. Da läßt sich bei diesem Wälden nichts tun. Die mittelständischen Mächte haben ja unzweifelhaft den diplomatischen Davongetragenen, auf den kriegerischen Vorber wird Wien zu müssen. Warum aber erlebte es ihn. Nicht aus Angst, nicht um die Serben zu jähren, sondern weil man, wie England von dem deutschen Rückdrücken gequält ist, die nicht los wird, nächstens werde Russland neu gerüstet wieder in Kampfhandlungen treten und dann in Serbien einen gefährlichen Feind finden. Diese Furcht vor künftigen Kriegen und den ist heute zur größten Kriegsgefahr geworden.

Das Einverständnis der Mächte.

Wien, 28. März. (Meldung des Wiener A. S. Korresp.-Bureaus.) In betreff des von den Mächten in Belgrad zu unternehmenden Schrittes ist auf Grund der von dem englischen Botschafter dem Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Reventhal gemachten Eröffnungen ein vollkommenes Einverständnis hergestellt worden. Die Mächte werden am Montag durch ihre Vertreter in Belgrad der serbischen Regierung den Rat erteilen, eine zwischen Oesterreich-Ungarn und den übrigen Mächten vereinbarte Erklärung in Wien abzugeben, und zwar in Verfolg ihrer an die A. S. Regierung gerichteten Note vom 14. März. Im Anschluß daran ist auch hinsichtlich der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages mit den Mächten eine volle Einigung zu Stande gekommen. Die darauf bezügliche Anregung des Wiener Kabinetts bei den Mächten wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Der abgehaltene Kronprinz.

Proklamation des Königs Peter.

Belgrad, 28. März. Eine heute nachmittags erschienene Sonderausgabe des Amtsblattes veröffentlicht folgende Proklamation des Königs Peter:

An das serbische Volk. Mein Sohn Prinz Georg, der bisherige Kronprinz, fand sich veranlaßt, auf die Rechte und Privilegien eines Kronprinzen, welche er nach der Landesverfassung als mein ältester Sohn hatte, zu verzichten und hat dies als seinen unerschütterlichen Willen bezeichnet. Deshalb habe ich nach Anhörung meines Ministerrates in Gegenwart des Präsidenten der Staatsassembel sowie des Präsidenten des Staatrates und des Konstitutionshofes beschlossen, die Verzichtserklärung des Kronprinzen Georg anzunehmen, und die Rechte und Privilegien eines Kronprinzen gemeinsam mit den Rechten der Erbgeburt in Uebereinstimmung mit der Landesverfassung auf meinen jüngeren Sohn Prinz Alexander zu übertragen, indem ich ihn zu meinem Thronfolger proklamiere. Indem ich dies dem serbischen Volk kundgebe, siehe ich den Segen Gottes auf mein königliches Haus und auf alle meine geliebten Unterthanen herab. Peter.

Die Proklamation ist von sämtlichen Ministern gegengezeichnet. Das Amtsblatt veröffentlicht weiter das Protokoll des gestrigen Ministerrates, das Abkündigungsschreiben des Kronprinzen Georg, das Handschreiben des Königs an den Ministerpräsidenten sowie die Erklärung der Staatsassembel, womit dieselbe die Abänderung der Thronfolgeordnung zur Kenntnis nimmt.

Wien, 28. März. (Meldung des Wiener A. S. Korresp.-Bureaus.) Die Proklamation über den Throntritt des Kronprinzen Georg wurde in Belgrad mit großem Beifall aufgenommen. Die Stadt hat das gewöhnliche Bild. Es fanden neuer Manifestationen noch Zusammenkünfte statt. Das Ereignis wird nicht einmal sonderlich besprochen.

Der Etat des Reichskanzlers.

Heute gelangt also im Reichstag der Etat des Reichskanzlers zur Beratung, das Kapitel Bülow. Der Reichskanzler, der sich in den Parlamenten nicht ohne Absicht äußern will, will nun endlich wieder dem Volk der Gesetzgeber sein rundliches Antlitz zeigen und die Ränke spielen lassen, in denen er weilt.

Ein Staatsmann, der es gleich gut verstanden hätte, aus einem hohen Nichts ein schwebendes Etwas zu machen, den Urteilslos, aber auch nur diesen, zu imponieren, und durch Worte die halbe Verpöhrungen sind, aber zu nichts verbinden, bei Rechtgläubigen trügerische Hoffnungen zu erwecken, einen Staatsmann, der so gut seine Unwissenheit hinter Lebenslügen zu verbergen und erste Fragen durch keine Ehergehen zu verbergen weiß, wie Fürst Bülow, hat es wohl selten gegeben. Er ist ein Mann, der mit den technischen Mitteln eines Diplomaten der alten Schule ohne Ziel und Ueberzeugung innere Politik treibt, mit dem einzigen Zweck, die deutschen Zustände in den alten Geleisen einige weitere Jahre fortlaufen zu lassen und sich selber im Amt zu erhalten. Und dies ist, wie man weiß, keine kleine Arbeit. Fürst Bülow muß sich mit der Krone und mit drei Parlamenten verhalten, und diese schwebenden Einheiten, zwischen denen er steht, läßt ihn bei näherer Betrachtung wieder in zahllose Einzelheiten auf. So ist die preussisch-deutsche Krone zweifellos ein Kollektivbegriff. Um eine einzelne leicht bewegliche und schwer zu nehmende Zentralperson gruppieren sich zahlreiche Damen und Herren, Freunde, Verwandte, Hofbeamte usw., von denen jeder nach seiner besonderen Art behandelt sein will. Dann kommen die preussischen Ministerkollegen, von denen mancher, wie z. B. zeitweilig Herr v. Rheinbaben oder früher der glückliche abgehaltene Robbelski, viel einflußreicher ist oder war als der Reichskanzler selber. Ferner gibt es drei Parlamente, von denen zwei, die beiden preussischen Äulner, Reichstagsrat und darum verhältnismäßig leicht zu behandeln sind. Wenn man ihnen pariert, lassen sie einen aus der Hand streifen. Auch die verbündeten Regierungen, obwohl sie in den letzten Wochen etwas aktiver waren als sonst alle Jahre hindurch, machen keine erheblichen Schwierigkeiten. Das Widerwärtigste bleibt der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts, mit seiner Parteienzersetzung und der jenseits Notwendigkeit, auf die breiten Massen doch wenigstens scheinbar einige Rücksicht zu nehmen. Durch all diese Widersprüche, Ränke und Hebellichkeiten hat sich der jähre Dalembert des Reichskanzlers mit einer Gewandtheit durchgewunden, die verblüffend und grotesk wirkt. Die Kettenprenger, die im Blick ihre Ränke zeigen, die Blasenmenschen, die sich gebunden in einem selbstverlorenen Geseß unter Wasser versenken lassen, um

zwei Minuten später wieder dem Publikum Fußhänden zu zuwerfen, sind alle stunde Stümper gegen den Fürsten Bülow.

So bergehoch wie diesmal hatten sich die Schwierigkeiten wohl kaum jemals noch gehäuft. Der Bloß, das künstlich gefügte Parlament, auf dem der Kanzler seit mehr als zwei Jahren balanciert, liegt in Scherben, das Zentrum triumphiert, die gefährliche agrarische Rechte geht ohne Rücksicht auf die Verluste des Reichskanzlers und die Autorität der Regierung bei der Beratung der Reichsfinanzreform ihren eigenen Privatgeschäften nach. Eine Regierung, die nicht zugeben will oder kann, daß die Reichsfinanzreform in der Hauptsache ein neues Geschäft für die Großgrundbesitzer wird, ist in Gefahr, von der konservativen Opposition im Handumdrehen beseitigt zu werden. Schon macht die Deutsche Tageszeitung „Mar zum Kampf“, die Kreuzzeitung versichert, daß die „fast unermessliche Sprengung des Bloßes“ auf die „Eigenart seiner Führung durch die Regierung“ zurückzuführen sei und droht zunächst bei der Erledigung des Marinerechts mit unangenehmen Weiterungen. Die Regierung Bülow's kann gegen die Konservativen schon deshalb nichts Ernstes unternehmen, weil die Konservativen viel zu viel wissen.

Die Situation, in der sich Fürst Bülow am Tage der Etatberatung im Reichstag findet, ist mit einem Wort einfach schrecklich. Ein anderer Minister in einem andern Parlament würde die Debatte nur noch als Gelegenheit betrachtet, sich einen guten Abgang zu sichern. Fürst Bülow denkt aber zunächst nicht daran, seinen Abschied zu nehmen, sondern überlegt, durch welcher neuen Trick er wieder in die Höhe kommen könnte. An Clowisipöhen und Virtuosenriffen wird er es nicht fehlen lassen. Da sie diesmal helfen werden und für wie lange, ist eine andere Frage. Schließlich muß ja auch einmal der Tag kommen, wo alle die kleinen Ränke am großen Ernst der Ereignisse scheitern und die Hand des Schicksals unter das bunte Kapitel Bülow den Schlußstrich zieht.

Zu Bernsteins Leitsätzen.

Die Beurteilung der Leitsätze, die Genosse Bernstein veröffentlicht hat, bietet insofern eine Schwierigkeit, als zunächst nicht zu ersehen ist, was der Verfasser mit diesen Leitsätzen eigentlich bezweckt. Die mündlichen Erklärungen, die Bernstein in einer Versammlung in Charlottenburg gab, sind nicht mitgeteilt worden, und so ist es nicht klar, ob er diese Leitsätze als ein neues Programm empfiehlt oder ob er in ihnen nur eine Ergänzung geben will, die bei einer zukünftigen Programmabänderung berücksichtigt werden mögen. Je nach der Absicht, die mit den Leitsätzen verfolgt wird, würde unsere Meinung über sie ungleichmäßiger oder gänzlich lauten. Als neues Programm würden wir diese Leitsätze ablehnen müssen. Wohl aber können sie guten Dienst leisten, wenn sie Anregungen enthalten sollen zur Berücksichtigung bei einer Programmabänderung, an die unsere Partei gemäß einmal herantreten wird.

Wir möchten annehmen, daß Bernstein selbst seine Leitsätze nicht als einen eigentlichen Programmtext empfiehlt. Sie zeigen nicht die Vorzüge des einheitlich logischen Aufbaus, der für ein Programm wesentlich sind und durch die das Erfurter Programm sich auszeichnet. Die Darstellungsweise der Leitsätze ist nicht eine programmatische; sie geht ins Ausschweifliche und Breite, sie verweilt nicht in Einzelfragen und Wiederholungen. Dabei würden die Leitsätze — wenn man einmal ihre Art kennen lassen wollte — noch weiterer Ergänzung bedürfen. Es gelangt, um in dieser Hinsicht nur das uns Auffällige zu erwähnen, die Rolle der Unternehmerverbände zu sehr eingehender Darstellung in den Leitsätzen, aber die Wirkungen des Kapitalismus auf die Arbeiterklasse werden nur allzu kurz angedeutet. Wollte man Bernsteins Methode der Darstellung befolgen, so würde es unerlässlich sein, einen besonderen Abschnitt über die physische, geistige, moralische Lage, in die das Proletariat durch den Kapitalismus gerät, einzufügen. Andererseits finden sich polemische und erluternde Ausführungen, die in einem Programm unmaßlich Platz haben können; so im 7. Leitsatz die Ausführung über andere antisozialistische Klassen, so im 9. Leitsatz die Erörterung des Vergriffes des Arbeiters, die noch dazu sehr ansehnlich ist. Derartige Ausführungen, wie die letzteren, scheinen dazu bestimmt, falsche Vorurteile, die in gewissen Bevölkerungsschichten gegen die Sozialdemokratie herrschen, zu beseitigen; das kann aber nicht die Aufgabe des Programms selbst sein, sondern gehört in die Erklärungen.

Wenden wir uns nun zum sachlichen Gehalt der Leitsätze, so zeigt sich, daß sie gegenüber dem Erfurter Programm recht wesentliche Unterschiede aufweisen.

Das Erfurter Programm bringt in knappen Sätzen den geschichtlichen Entwicklungsprozeß der modernen Wirtschaftsweise zur Darstellung. Es zeigt dem Leser den Gang der Entwicklung von der vorkapitalistischen Zeit, da der Arbeiter keine Produktionsmittel besaß, zu der kapitalistischen Zeit hin, da er von ihnen losgelöst ist, und es eröffnet weiterhin den Ausblick auf die Wiedervereinigung von Arbeiter und Produktionsmittel in einer, höherer, sozialistischer Form. Die Bernsteinschen Leitsätze dagegen führen mehr unmittelbar in das Reich der kapitalistischen Welt, in der wir gegenwärtig stehen. Dies braucht an sich noch kein großer Nachteil gegenüber der Darstellung des Erfurter Programms zu sein. Jedoch scheint durch diese Beseitigung der geschichtlichen Eigentümlichkeit